

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Christine Ostrowski, Eva-Maria Bulling-Schröter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/2525 –

Flächenhafter Ausbau der Schienenwege im Bereich Nordbayern, Hessen, Thüringen und Sachsen

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Norbert Otto (Erfurt), Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/2692 –

**Weiterbau des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit (VDE) Nr. 8
Schienenneubaustrecke Nürnberg–Erfurt–Halle/Leipzig–Berlin**

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Angelika Mertens, Hans-Günter Bruckmann, Dr. Peter Danckert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Franziska Eichstädt-Bohlig, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/2906 –

**Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur Thüringen/Nordbayern im Rahmen des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit (VDE) Nr. 8
Schienenneubaustrecke Nürnberg–Erfurt–Halle/Leipzig–Berlin**

4. zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/2914 –

Ja zur Schienenneubaustrecke Nürnberg–Erfurt–Halle/Leipzig–Berlin

5. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/2176 –

Bericht zum Ausbau der Schienenwege 1999

A. Problem

- Zu 1. Die Antragsteller haben einen Antrag gestellt, in dem sie die Ablehnung der Neubaustrecke VDE Nr. 8.1 Erfurt–Nürnberg und einen flächenhaften Ausbau der Schienenwege im Bereich Nordbayern, Hessen, Thüringen, Sachsen fordern.
- Zu 2. Die Antragsteller fordern mit ihrem Antrag den sofortigen Weiterbau des Eisenbahnverkehrsprojektes VDE Nr. 8 zwischen Nürnberg und Berlin sowie die Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel.
- Zu 3. Die Antragsteller begehren, dass der Deutsche Bundestag die Entscheidung der Bundesregierung begrüßt, zunächst den im Bau befindlichen Abschnitt Erfurt–Ilmenau des Eisenbahnverkehrsprojektes VDE Nr. 8 zu realisieren und dass er die Bundesregierung auffordert, zu prüfen, wie auf möglichst kostengünstige Weise die Nord-Süd-Schienenverbindung weiter ausgebaut werden kann.
- Zu 4. Die Antragsteller haben einen Antrag gestellt, mit dem sie die Aufhebung eines vorläufigen Baustopps und die zügige Realisierung der Schienenneubaustrecke Nürnberg–Erfurt–Berlin sowie einen Bericht der Bundesregierung über die Finanzierungs- und Ausführungsplanung erreichen wollen.
- Zu 5. Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag den Bericht zum Ausbau der Schienenwege 1999 gemäß § 7 Bundesschienenwegeausbaugesetz vorgelegt.

B. Lösung

- Zu 1. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/2525 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der PDS-Fraktion.
- Zu 2. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/2692 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion.
- Zu 3. Annahme des Antrags auf Drucksache 14/2906 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der PDS-Fraktion.
- Zu 4. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/2914 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und F.D.P.-Fraktion.
- Zu 5. Kenntnisnahme von dem Bericht auf Drucksache 14/2176

Mehrheit im Ausschuss**C. Alternativen**

- Zu 1. Annahme des Antrags auf Drucksache 14/2525.
- Zu 2. Annahme des Antrags auf Drucksache 14/2692.
- Zu 3. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/2906.

Zu 4. Annahme des Antrags auf Drucksache 14/2914.

Zu 5. Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/2525 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 14/2692 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 14/2906 anzunehmen,
4. den Antrag auf Drucksache 14/2914 abzulehnen,
5. die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/2176 zur Kenntnis zu nehmen.

Berlin, den 20. September 2000

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Helmut Wilhelm (Amberg)
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Helmut Wilhelm (Amberg)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/2525, den Antrag auf Drucksache 14/2692, den Antrag auf Drucksache 14/2906 und den Antrag auf Drucksache 14/2914 in seiner 93. Sitzung am 16. März 2000 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Er hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/2176 in seiner 100. Sitzung am 14. April 2000 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu 1.

Der Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/2525 lehnt die Neubaustrecke VDE Nr. 8.1 Nürnberg–Erfurt ab und fordert stattdessen einen flächenhaften Ausbau der Schienenwege im Bereich Nordbayern, Hessen, Thüringen, Sachsen. In einem Schwerpunktprogramm sollten sechs Schienenstrecken in diesem Raum ausgebaut und beschleunigt werden. Der Antrag enthält einen Finanzierungsvorschlag, in dem er besagt, dass die durch den Verzicht auf die Neubaustrecke frei werdenden Mittel auf die Alternativstrecken umgeschichtet werden sollen.

Zu 2.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert in ihrem Antrag auf Drucksache 14/2692 den Weiterbau des Verkehrsprojektes VDE Nr. 8 zwischen Nürnberg und Berlin sowie die Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel und beruft sich dabei auf die Bedeutung der Strecke im Rahmen der Transeuropäischen Netze. Sie will eine Aufhebung der Grundsatzentscheidung vom Juli 1999 erreichen, derzufolge die Realisierung der Strecke auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird.

Zu 3.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/2906 will erreichen, dass der Deutsche Bundestag die Entscheidung der Bundesregierung begrüßt, zunächst den im Bau befindlichen Abschnitt Erfurt–Ilmenau des Eisenbahnverkehrsprojektes VDE Nr. 8 zu realisieren, der verkehrswirksam werden könne. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, zu prüfen, wie auf möglichst kostengünstige Weise die Nord-Süd-Schienenverbindung weiter ausgebaut werden kann.

Zu 4.

Die Fraktion der F.D.P. fordert in ihrem Antrag auf Drucksache 14/2914 die zügige Realisierung der Schienenneubaustrecke Nürnberg–Erfurt–Berlin sowie einen Bericht der Bundesregierung über die Finanzierungs- und Ausführungsplanung und begründet dies ähnlich wie die CDU/CSU-Fraktion in deren Antrag. Sie beruft sich bei ihrem Mitte März gestellten Antrag auf eine von dem Vorstandsvorsitzenden der DB AG, Hartmut Mehdorn, erhobene Forderung nach einem Weiterbau der Strecke.

Zu 5.

Bei der Vorlage unter Drucksache 14/2716 geht es um den Bericht zum Ausbau der Schienenwege 1999. In diesem Geschäftsjahr haben sich die Ausgaben für Schienenprojekte auf insgesamt 4,758 Mrd. DM belaufen. Die Ausgaben im Bestandsnetz werden in dem Bericht nicht genau quantifiziert. Entsprechend früheren Berichten wird ihr Anteil mit etwa 45 % der gesamten Investitionsmittel angegeben. Das neue Finanzierungsverfahren ab 1998 wird erläutert. Projekte werden dabei – anders als Maßnahmen im Bestandsnetz – wegen des Überwiegens ihres volkswirtschaftlichen Nutzens vollständig mit nicht zurückzahlbaren Baukostenzuschüssen finanziert. Der Bericht geht auch auf die einzelnen Projekte ein.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu 1.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 14/2525 in seiner 34. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage auf Drucksache 14/2525 in seiner 36. Sitzung am 5. April 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Vertreters der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt bei Abwesenheit der Fraktion der PDS einstimmig, den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 14/2525 in seiner 48. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen. Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 5. April 2000 beraten und empfiehlt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Zu 2.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 14/2692 in seiner 34. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 36. Sitzung am 5. April 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der F.D.P., den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 48. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen. Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 5. April 2000 beraten und empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Zu 3.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 14/2906 in seiner 34. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS, den Antrag anzunehmen. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 36. Sitzung am 5. April 2000 beraten und empfiehlt bei Stimmengleichheit mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, des Vertreters der Fraktion der F.D.P. und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Koalitionsfraktionen, den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Antrag anzunehmen. Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 48. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Antrag anzunehmen. Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 5. April 2000 beraten und empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS, den Antrag anzunehmen.

Zu 4.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 14/2914 in seiner 34. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage auf Drucksache 14/2525 in seiner 36. Sitzung am 5. April 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der F.D.P., den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen. Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 48. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU (bei Enthaltung einiger Stimmen der Fraktion der CDU/CSU) und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen. Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 5. April 2000 beraten und empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Zu 5.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 14/2176 in seiner 33. Sitzung am 17. Mai 2000 beraten und zur Kenntnis genommen. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 17. Mai 2000 beraten und empfiehlt, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlagen in seiner 38. Sitzung am 5. Juli 2000 beraten.

Die **Fraktion der SPD** äußerte im Ausschuss, sie habe immer betont, dass sie eine Hochgeschwindigkeitsstrecke von München nach Berlin für dringend notwendig erachte. Im Gegensatz zu den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. prüfe man aber, welche Alternativen es für die Lösung des Problems gebe. Die DB AG habe an der geplanten Strecke immer Zweifel gehabt. Die dafür erforderlichen 15 Mrd. DM seien im Vergleich zu den anderen Maßnahmen, die in Deutschland getroffen werden müssten, ein sehr hoher Betrag. Die DB AG habe erstmals durch Hartmut Mehdorn bekannt gemacht, dass sie ein Interesse an dem

Bau der Strecke habe. Aber Hartmut Mehdorn habe auch geäußert, dass das Projekt „Bahn 21“ auf einem „Netz 21“ für ihn im Vordergrund stehe. Man müsse versuchen, bei der Umsetzung dieses Konzeptes Mittel zu finden, welche es ermöglichen, auch die Strecken VDE Nr. 8.1, 8.2 und 8.3 zu realisieren. Da man diese Mittel zurzeit nicht habe, müsse man nach Zwischenlösungen suchen. Als Zwischenlösungen seien die Streckenabschnitte zwischen Erfurt, Halle und Leipzig durch den Einsatz von Neigetechnik beschleunigt worden. Auf der Strecke zwischen Nürnberg und Leipzig gebe es ebenfalls durch den Einsatz von Neigetechnik sowie durch den Einsatz verbesserter Signaltechnik eine Zeiterparnis von 25 Minuten. Das Baurecht für das Projekt VDE Nr. 8 bleibe erhalten; Verlängerungsanträge würden jeweils rechtzeitig eingereicht. Die Planung werde in den Abschnitten, in denen noch kein Baurecht bestehe, zügig fortgesetzt. Trotz der Entscheidung vom 7. Juli werde auf allen drei Abschnitten von München bis Berlin in eingeschränktem Maße gebaut. Mit dem Koalitionsantrag solle die Bundesregierung aufgefordert werden, zu prüfen, wie die Strecke VDE Nr. 8.1 am kostengünstigsten gebaut werden könne. Die Bundesregierung werde in dem Antrag der Koalitionsfraktionen aufgefordert, auf der Grundlage der neuen Erkenntnisse zu berichten. Die Koalition verfolge dieses Projekt weiter und bekenne sich zu der Linienführung auf der vorgesehenen Strecke, was bedeute, dass es keine Untersuchungen zu Alternativstrecken mehr gebe. Die Grundsatzentscheidung über den Weiterbau der Abschnitte VDE Nr. 8.1 und 8.2 falle mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan im Jahr 2002/2003. Das Projekt sei so weit fortgeschritten, dass es sicher auch realisiert werde. Die bislang gestellten Anträge seien überholt. Die Kritik der Fraktion der CDU/CSU an dem Schienenwegeausbaubericht sei nicht verständlich. Der Schienenwegeausbaubericht sei ein von der Bundesregierung nach den gesetzlichen Bestimmungen vorzulegender Bericht, welcher im vorliegenden Fall die Geschehnisse im Jahre 1998 widerspiegele. Was die Kritik der Fraktion der PDS an der Detailliertheit des Berichtes anbelange, sei es sicherlich möglich, diesen noch umfangreicher zu gestalten. Man sei aber der Auffassung, dass der Bericht für die Arbeit des Parlamentes geeignet sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, dass die Fraktion der SPD in der Vergangenheit gegen den Ausbau der Strecke Nürnberg–Erfurt in dieser Form gewesen sei. Der von der Koalition eingebrachte Antrag enthalte weiter nichts als einen Prüfauftrag. Die Strecke sei Bestandteil der Transeuropäischen Netze; die Hälfte der bisherigen Aufwendungen dafür stammten aus EU-Mitteln. Die Koalition habe sich im Grunde genommen von dem Bau der Strecke verabschieden wollen, habe ihre Meinung aber geändert, als man gemerkt habe, dass man dann gezwungen sein würde, die Investitionsmittel der EU zurückzuzahlen. Deshalb habe man die Strecke in das Investitionsprogramm ab dem Jahr 2003 aufgenommen. Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU sei ein Finanzierungsvorschlag gemacht worden. Nach den Haushaltsplanungen der Koalition würden jedoch die Mittel für den Schienenwegeausbau gekürzt; alles andere seien bloße Versprechungen. Wenn man aber auch in den nächsten Jahren die Mittel für den Schienenwegeausbau kürze, sei kaum zu erwarten, dass für diese Strecke Mittel verfügbar sein würden. Der Antrag der Koalition sei abzulehnen, weil die-

ser nur wieder neue Prüfungen mit einer Verschiebung auf die Zeit nach dem Jahr 2003 vorsehe, während man diese wichtige Verbindung, welche die einzige Nord-Süd-Verbindung sei, aber dringend brauche. Es werde von der Koalition immer hervorgehoben, dass die Strecke Erfurt–Ilmenau weiter gebaut werden solle. Man werde dann aber eine Hochgeschwindigkeitsstrecke haben, auf der „Bummelzüge“ führen. Es sei eine Investitionsruine auf Zeit. Der Baustopp müsse daher aufgehoben werden und es müsse zügig von Ilmenau in Richtung Süden weiter gebaut werden. Man begrüße, dass zumindest die unsinnige Umleitung über die Saalebahn vom Tisch sei. Was die Strecke Erfurt–Ilmenau anbelange, sei die Finanzierung nach dem Jahre 2002 überwiegend ungewiss. Bundesminister Reinhard Klimmt habe verkündet, dass diese Strecke um das Jahr 2002 funktionstüchtig sei. Wenn die Aussage bestehen bleibe, dass die Strecke Erfurt–Ilmenau bis 2002 fertig sei, müsse auch ein Finanzierungskonzept dafür vorhanden sein. Ansonsten sei diese Aussage leichtfertig. Kritik an der früheren Bundesregierung, sie hätte in ihrer Regierungszeit mehr für den Bau der Strecke VDE Nr. 8 leisten können, weise man zurück. Es habe gegen die Strecke zahlreiche Einsprüche gegeben. Man könne aber nur bauen, wenn das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen sei. Im Januar habe der Vorstandsvorsitzende der DB AG, Hartmut Mehdorn, davon gesprochen, dass er eine Verbindung von Berlin nach München in 3¹/₂ Stunden haben wolle, im März habe er dann nur noch von einer Vision gesprochen, was die Frage aufwerfe, ob Hartmut Mehdorn zwischenzeitlich von der Bundesregierung gestoppt worden sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, der Antrag der Fraktion der CDU/CSU zeige ebenso wie der Antrag der Fraktion der F.D.P. keine Finanzierungsmöglichkeiten auf. Die Forderung des Vorstandsvorsitzenden der DB AG nach einem Weiterbau der Strecke, auf die sich die Fraktion der F.D.P. berufe, habe dieser bereits am 5. April 2000 im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wieder zurückgezogen, weil auch nach Ansicht der DB AG die Strecke finanziell nicht darstellbar sei. Die Fraktion der PDS übersehe bei ihrem Finanzierungsvorschlag geflissentlich, dass umzuschichtende Mittel gerade nicht vorhanden seien. Der Antrag der Regierungsfaktionen akzeptiere hingegen die begrenzten Finanzspielräume und begrüße deshalb die Entscheidung der Bundesregierung, den Bau der Gesamtstrecke zurückzustellen, aber einen im Bau befindlichen Abschnitt, der verkehrswirksam werden könne, zu realisieren. Dies führe zu einer guten Verbindung zwischen den Städten Erfurt und Ilmenau. Illusionen über die Finanzierungsmöglichkeiten wolle der Antrag keinen Raum geben. Auf der Strecke München–Nürnberg–Berlin gebe es inzwischen erhebliche Verbesserungen. Es werde dort jetzt ein Neigetechnik-ICE eingesetzt, welcher die Fahrzeit auf der Strecke zwischen Nürnberg und Berlin um 40 Minuten vermindere. Dieses System habe auch den Vorteil, dass weitere Städte durch bisher übliche oder zusätzliche Haltepunkte angebunden werden könnten. Die ICE-Neubaustrecken verbänden hingegen nur wenige Ballungsräume.

Die **Fraktion der F.D.P.** führte aus, ihr Antrag beruhe auf einer Forderung von Hartmut Mehdorn, die Strecke auszubauen, welche entgegen der Auffassung aus der Koalition

nicht zurückgenommen worden sei. Hartmut Mehdorn habe erklärt, wenn die Schiene in Konkurrenz zur Luftfahrt in Deutschland stehen müsse, müsse man auf der Strecke München–Berlin eine wettbewerbsfähige Fahrzeit anbieten. Hartmut Mehdorn habe auch deutlich erklärt, dass er diese Strecke für dringend notwendig halte. Die Ausgangslage habe sich gegenüber der letzten Wahlperiode insofern auch verändert, als zwischenzeitlich der Ausbau der Strecke zwischen Nürnberg und München als ICE-Strecke im Gang sei. Es gebe auch den Ausbau der Strecke von Berlin in Richtung Leipzig auf Erfurt zu. Es bestehe daher die Gefahr, dass man gerade in der Mitte von ausgebauten ICE-Strecken auf einen „Schienefeldweg“ übergehe. Die heutige Strecke sei in diesem Bereich so kurvenreich, dass man auch mit moderner Technik bestimmte Geschwindigkeiten nicht überschreiten könne. Nach ihrer Kenntnis gebe es auch eine Ausarbeitung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zum Luftfahrkonzept in Deutschland, in der in jedem Kapitel darauf hingewiesen werde, dass leistungsfähige Schienenstrecken notwendig seien, um innerdeutschen Kurzstreckenverkehr zu übernehmen. Das Potential für die Verlagerung beim innerdeutschen Flugverkehr auf die Schiene sei im günstigsten Fall geeignet, eine Jahresrate für den Zuwachs des Luftverkehrs auszugleichen. Wer die Fahrzeit auf der Strecke von 7 bis 8 Stunden auf 5 Stunden reduziere, dürfe sich nicht wundern, wenn die Verlagerungseffekte nicht stattfänden. Deshalb fordere man, den Baustopp aufzuheben und einen Ausführungsplan aufzustellen, welcher auch die Finanzierung beinhalte. Die Probleme der Finanzierung würden nicht gelehnt. Der Antrag der Fraktion der SPD, welcher sich auf das im Bau befindliche Teilstück konzentriere, führe nicht weiter. Vergleiche man aufgrund des Schienenwegeausbauberichtes den dort festgehaltenen Bedarf mit dem, was gebaut worden sei, komme man auf eine Differenz von rund 73 Mrd. DM. Über kurz oder lang werde man daher nicht umhinkommen, einen ganz anderen Prioritätenplan vorzustellen.

Die **Fraktion der PDS** stimmte der Fraktion der F.D.P. zu, dass die Lücke zwischen realisierten Maßnahmen und dem Bedarf beim Schienenwegeausbau ins Gewicht falle. Vergleiche man den Schienenwegeausbaubericht mit dem Straßenbaubericht, stelle man eine erhebliche Qualitätsminderung fest. Während der Straßenbaubericht sehr detaillierte Angaben zu den einzelnen Strecken enthalte, fehle dies im Schienenausbaubericht. Damit fehle im Wesentlichen auch eine Aussage, wie sich die Schienenwege als Netz insgesamt entwickelt hätten. Man habe es jedes Jahr damit zu tun, dass die Straßen ausgebaut und die Schienenwege abgebaut

würden. Daraus ergebe sich, dass nicht ein Ausbau der Schienenwege, sondern ein Abbau in allen wichtigen Bereichen erfolge. Zu den Anträgen zu der Strecke München–Nürnberg–Erfurt–Berlin führte man aus, die Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. verfolgten die alte Linie der früheren Bundesregierung weiter. Der darin geforderte Bau einer Schnellstrecke stehe im Missverhältnis zu den Verkehrsbedürfnissen. Die reale Bilanz der Hochgeschwindigkeitsstrecken, welche in den letzten Jahren realisiert worden seien, deute darauf hin, dass es zu keinen relevanten Verlagerungen zurück auf die Schiene gekommen sei, sondern es finde im Gegenteil eine permanente Ausweitung des Flugverkehrs statt. Was den Antrag der Koalition anbelange, sei dieser unausgereift. Es sei hier eine Teilblockade der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchgesetzt worden, ohne dass man eine Alternative habe. Man wolle etwas an der Strecke bauen und behalte sich vor, weiterzubauen, wenn Geld da sei. Der Druck in den neuen Ländern, speziell in Thüringen, werde ständig steigen, wenn man dort sehe, dass ein Projekt gestoppt, ein alternatives Projekt aber angegangen werde. Man müsse entweder, entsprechend den Forderungen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Strecke bauen, wogegen es gute Argumente gebe oder man müsse als Alternative den flächenhaften Ausbau der von der Fraktion der PDS genannten 6 Strecken vornehmen.

V. Abstimmungsergebnis im Ausschuss

1. Der Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/2525 wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.
2. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/2692 wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.
3. Der Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/2906 wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS angenommen.
4. Der Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/2914 wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.
5. Der Bericht der Bundesregierung auf Drucksache 14/2176 wurde zur Kenntnis genommen.

Berlin, den 20. September 2000

Helmut Wilhelm (Amberg)
Berichtersteller